

Dossier Aids : HIV-positiv und in Schwierigkeiten

Autor(en): **Compagno, Thomas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin**

Band (Jahr): - **(2003)**

Heft 56

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-550983>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



HIV-infizierte Menschen haben sehr oft mit rechtlichen und ökonomischen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Ursache dieser Benachteiligungen ist jedoch nicht die Infektion.

HIV-positiv und in Schwierigkeiten

VON THOMAS COMPAGNO

Welche spezifischen Probleme stellen sich Menschen mit einer HIV-Infektion? Dieser Frage ging ein Forschungsteam unter der Leitung von Christoph A. Zenger, Gesundheitsrechtler an der Universität Bern, nach. Die Gruppe befragte Betroffene und beleuchtete die rechtlichen Aspekte der HIV-Infektion und ihre ökonomischen Folgen. Und sie kam zu einem etwas überraschenden Fazit: «HIV-Infizierte haben in aller Regel nicht mit Benachteiligungen zu kämpfen, die auf die Krankheit zurückzuführen wären», sagt Zenger. Hingegen sind es oft die Rahmenbedingungen, unter denen viele HIV-Infizierte leben, die zu Benachteiligungen führen.

HIV-Infizierte leben laut Zenger zu einem überdurchschnittlich hohen Prozentsatz in einer «besonderen Situation»: Es sind Alleinerziehende, Arbeitslose, Drogenabhängige und andere. Die Benachteiligungen, die beispielsweise eine HIV-positive, alleinerziehende Mutter erfahre, gingen in erster Linie auf ihre soziale Stellung als Alleinerziehende zurück und nicht auf ihre Krankheit – und sie betrafen im Grunde viele andere Alleinerziehende ebenfalls.

Schlecht informiert

Die Forschenden wiesen unter anderem nach, dass in der Schweiz kaum jemand durch eine HIV-Infektion in finanzielle Not gerät, weil die obligatorische Grundversicherung die Behandlung übernimmt. Dennoch gehören Fragen zur sozialen Sicherung zu den grossen Problemfeldern, die die Studie aufdeckte. Unklarheiten und Unsicherheiten herrschen zum Beispiel bei der Finanzierung der Folgekosten von HIV/Aids-bedingter Arbeits- bzw. Erwerbsunfähigkeit: Wie kommt man zu Taggeldern, was übernimmt die Invalidenversicherung, und wie sieht es mit

der Pensionskasse aus? «Zu wenig Informationen und mangelnde Kenntnisse führen dazu, dass viele HIV-Infizierte ihre Ansprüche nicht oder nicht genügend geltend machen», bemerkt Zenger.

Mangelnde Sensibilität stellten die Forscher im Umgang mit sensiblen Daten fest. So gaben elf Prozent der Betroffenen an, der HIV-Test sei ohne ihr Wissen oder gar gegen ihren Willen durchgeführt worden. Rund die Hälfte beklagten sich zudem, sie seien über die genauen Hintergründe und möglichen Folgen des Virennachweises nicht informiert worden. Nach geltendem Recht wären die Ärzte verpflichtet, die Betroffenen zu informieren, dass sie einen Test durchführen und welche Folgen ein positives Resultat haben könnte.

Schwierigkeiten oder sogar die Missachtung geltenden Rechts stellten die Forscher beim Datenschutz fest. So verlangen viele Pensionskassen und Versicherungen bei Arbeitsantritt die Offenlegung des HIV-Status der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Über Umwege sind solche Informationen auch schon auf dem Tisch von Vorgesetzten gelandet – ein klarer Verstoss gegen den Datenschutz. Oft würden Betroffene selbst aus Angst vor Nachteilen darauf verzichten, Ansprüche geltend zu machen, sagt Zenger.

Die Forscher kamen zum Schluss, dass HIV in der Studie nicht als Sonderfall, sondern eher als Modellfall für Schwächen im System sozialer Sicherheit zu betrachten sei. Die Studie führte denn auch eine ganze Reihe von Lücken zutage. «Sie ist sozusagen ein Fieberthermometer für das Schweizer Sozialsystem», so Zenger. «Aufgrund unserer Ergebnisse sollten einige Regelungen und Prozesse im Sozialsystem neu durchdacht werden, die auch für Menschen mit anderen Krankheiten von Belang sind.» ■

www.hivlawstudy.ch